

Herzlich begrüßten die Genossinnen und Genossen der SED-Grundorganisation Chemie Genossen Dr. Harry Meißner, den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung unserer Universität, der gekommen ist, um an ihrer Mitgliederversammlung teilzunehmen. Diese Versammlung im September ist, wie auch in den anderen Grundorganisationen unserer Universität, von besonderer Bedeutung. Heute wird sich erweisen, ob die SPL, die Parteigruppen, ob alle Mitglieder dieser Parteiorganisation eine gute Vorbereitung für die nächsten Monate geleistet haben.

Genosse Kiesel, der Parteisekretär, erläutert den zu fassenden Beschluß zu weiteren Durchführungen der Beschlüsse des VIII. Parteitag und zur Vorbereitung und Durchführung der Parteiwahlen im Studienjahr 1973/74. Die Ausführungen des Sekretärs machen deutlich, daß sie sich mit den Gedanken der Otto-Buchwitz-Worker vertraut gemacht haben. Genosse Kiesel versteht es, die Schwerpunkte für die Parteiarbeit in der Sektion richtig zu begründen.

Es geht um die Stärkung der Kampfkraft der Parteiorganisation. Der Beschluß soll dazu beitragen, die Kampf-

Genossen in der Offensive

Mitgliederversammlung der SED-Grundorganisation Chemie im Zeichen der Parteiwahlen. Erfahrungen der Arbeiterklasse genutzt. Programm der Parteiarbeit für das Studienjahr 1973/74 einstimmig beschlossen.

position jeden Genossen zu stärken. Sie müssen an die Spitze in der Ideologischen Arbeit, an die Spitze bei der Führung des sozialistischen Wettbewerbes. Die Parteiwahlen, so sagt er, müssen eine große Ausstrahlungskraft auf den ganzen Bereich haben. Alle sind einzubeziehen.

In der Diskussion ergänzen die Genossen: Der Wettbewerb ist Führungsinstrument. Noch nicht alle Leiter erkennen seine Bedeutung. Nicht Papier füllen, sondern ideologisch arbeiten. Den Wettbewerb mit den persönlichen Plänen verbinden. Alle bei der Erarbeitung einbeziehen. Wir schwören zu sehr im eigenen Saft. Der wissenschaftliche Meinungsstreit muß besser entwickelt werden. Die Leninischen Wettbewerbsprinzipien anwenden, ihn öffentlich führen. Keine Punktsysteme. Die Besten

popularisieren. Mehr moralische Anerkennung.

Das sind nur einige Gedanken aus der Diskussion, von den Rednern in die Debatte gebracht mit dem Ziel, die Parteiarbeit zu verbessern, die Kampfposition aller Genossen zu stärken, im Bewußtsein, Parteiarbeit ist nicht Selbstzweck, die Erfüllung der Hauptaufgabe beinhaltet konkrete Ziele in Lehre, Erziehung und Forschung.

Genosse Dr. Meißner erinnert in seinem Schlußwort an die Grundfragen unserer Politik und geht aus von den Ereignissen in Chile.

In seinen weiteren Ausführungen weist er darauf hin, daß es beim sozialistischen Wettbewerb nicht nur um Tagesfragen geht. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt erlangt eine im-

mer größere Bedeutung für den Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; damit wachsen auch die Anforderungen an unsere Universität. Eine entscheidende Rolle spielt dabei auch die Chemie. Es komme jetzt darauf an, die vielen Hinweise zu präzisieren und die Aufgaben zu präzisieren. Das Entscheidende, so sagt er, ist jedoch, vom Wort zur Tat zu kommen. Abschließend betont Genosse Dr. Meißner, daß die Parteiwahlen in aller Öffentlichkeit zu führen sind unter Einbeziehung aller und wünscht den Genossinnen und Genossen dazu viel Erfolg.

Das Programm wurde einstimmig angenommen. Es mit Leben zu erfüllen, ist die Aufgabe, die es nun zu meistern gilt. Ebock



Zahlen und Fakten über die UdSSR

Der Leninische Kommunistische Jugendverband der UdSSR (Komsomol) vereinigt mehr als 28 Millionen Jungen und Mädchen im Alter von 14 bis 28 Jahren. Die Hauptaufgabe des Komsomol besteht darin, die Jugend im Geiste der kommunistischen Ideologie und des Internationalismus zu erziehen.

Der Komsomol leitet die Pionierorganisation, die mehr als 23 Millionen Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren vereinigt. Die im Jahre 1922 gegründete Organisation ist beauftragt, die kommunistische Erziehung der jüngsten Generation des Landes zu fördern.

Die größte gesellschaftliche Organisation der Werktätigen sind die Gewerkschaften. Im Sowjetstaat sind sie mit großen Vollmachten versehen. Die Gewerkschaften beteiligen sich aktiv an der Leitung der Volkswirtschaft, an der Entwicklung der Produktion und ihrer Effektivitätssteigerung. Ihnen stehen wichtige Rechte zu bei der Einstellung und Kündigung der Werktätigen, bei der Lösung von Lohnfragen, beim Arbeitsschutz und bei der Nutzung der Betriebsfonds. Die Gewerkschaften vereinigen Arbeiter und Angestellte, die in einem oder einigen arbeitswirtschaftlichen Zweigen beschäftigt sind. In den 26 Branchengewerkschaften sind mehr als 95 Millionen Menschen vereinigt. Gegenwärtig erzeugt die UdSSR un-

gefähr ein Fünftel der Weltindustrie-

produktion. Der Produktionsumfang in der Sowjetunion ist größer als in England, Frankreich, der BRD und Italien zusammengenommen. In der UdSSR gibt es rund 30 000 Industriebetriebe, und jeden Tag werden ein bis zwei weitere Betriebe, Produktionshallen oder -abschnitte ihrer Bestimmung übergeben. Täglich erzeugt die sowjetische Wirtschaft ein gesellschaftliches Produkt für fast zwei Milliarden Rubel. Gegenwärtig entfallen auf die Sowjetunion ungefähr 15 Prozent der Weltproduktion von Elektroenergie, etwa 16 Prozent der gesamten Weltförderung von Erdöl, mehr als 20 Prozent der Weltförderung von Kohle und 20 Prozent der Stahlproduktion. In der UdSSR sind 52 Prozent der Weltbestände der Kohle konzentriert; in die Billionen Kubikmeter gehen die Erdgasbestände. Nach den erkundeten Erdölvorräten nimmt die UdSSR den ersten Platz in der Welt ein. Die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität stieg allein in den Jahren 1960 bis 1970 fast auf das 1,8fache.

Der Gesamtumfang der Kapitalinvestitionen soll im neunten Planjahr fünfzig Milliarden Rubel ausmachen, das heißt fast um 42 Prozent mehr als im vergangenen Planjahr.

Allende - dein Volk wird frei sein...

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Militärputsches in Chile, am 12. September 1973, Tausende FDJ-Studenten und ausländische Studenten, Wissenschaftler der TU - in ihrer Mitte die an der Universität studierenden Chilenen - versammelten sich zu einem Meeting der ant imperialistischen Solidarität mit dem um seine gerechte Sache kämpfenden Volk Chiles. „Wo immer ihr auch kämpfen mögt - ihr steht nicht allein - Millionen anderer stehen im Kampf für euch ein!“ steht auf dem Transparent, flankiert von den Bannern des freien

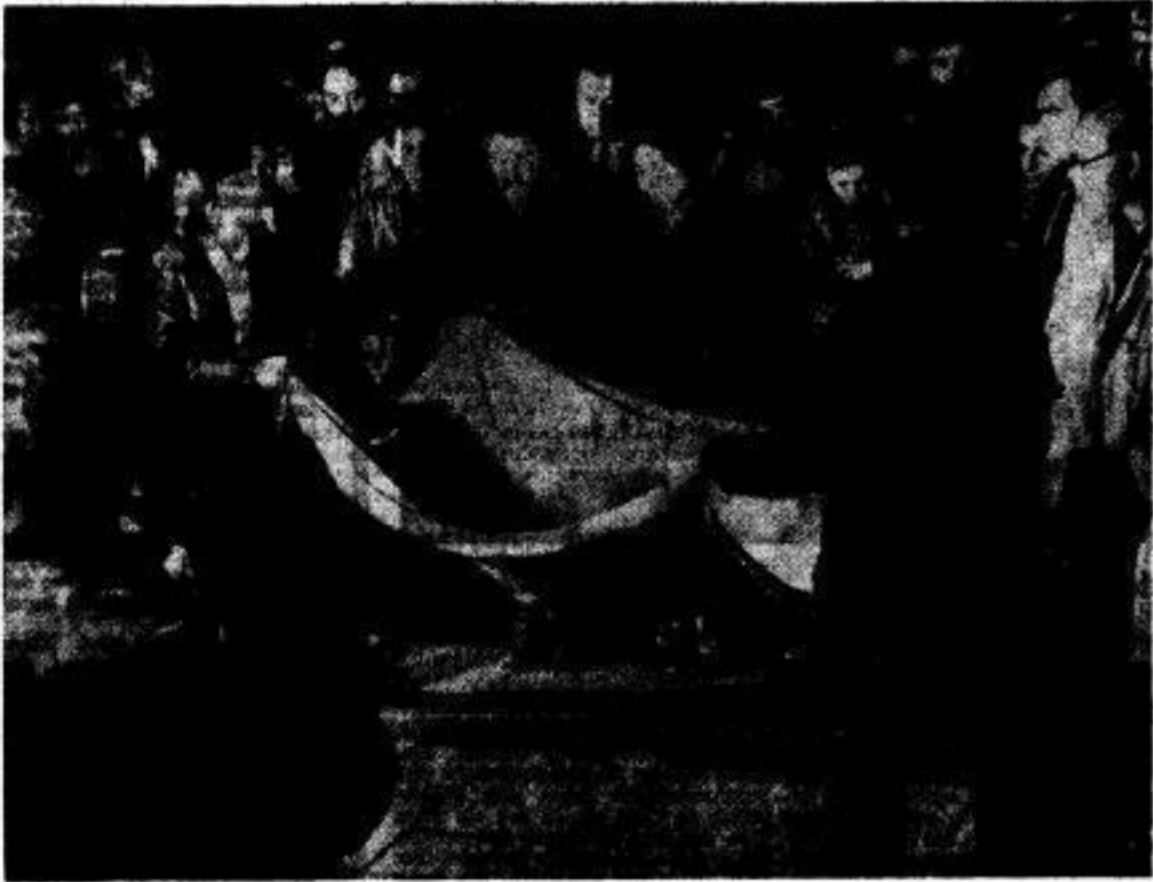
Chile. Die Songgruppe des FDJ-Studentenklubs unserer Universität eröffnet mit aufreißendem Liedern der Solidarität, der Unidad Popular. Eins davon wurde erst wenige Stunden vorher komponiert. Begeistert singen die Studenten den Refrain mit: „Allende - dein Volk wird frei sein...“

Genosse Dr. Seeger, Amtierender 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung TU, brandmarkt die reaktionären Umtriebe der volksfeindlichen Kräfte in Chile, entlarvt das volksfeindliche und verbrecherische Wesen des Imperialismus

und seiner Politik. Beifall bekräftigt seine Feststellung: „Wir werden den Kampf an der Seite unserer chilenischen Freunde und Genossen unbeirrt fortsetzen!“ Er teilt mit, daß an der TU FDJ-Kollektive und Bereiche die Solidarität verstärken, in die Hochrufe auf die gerechte Sache der Unidad Popular stimmen die Tausende Versammelten mit Sprechchören ein: Unidad Popular - Venceremos!

Als Enrico Grande, ein chilenischer Student, spricht, herrscht atmlose Stille: „Sie werden uns nicht brechen,

Wir, das Volk, sind die Mehrheit. Wir sind stark durch eure Solidarität. Wir wissen die Sowjetunion, die sozialistischen Länder und alle progressiven Kräfte auf der Welt mit unserer gerechten Sache“, ruft Enrico aus. Sprecher des Internationalen Studentenkomitees schließen sich diesem Resolution bekräftigen, in der sie unter anderem versichern, den chilenischen Freunden in fester Solidarität beizustehen. Spontan wird gependelt (Foto). Über 1000 Mark sind das Ergebnis. Solidarität der Tat.



Mitglieder des Senats vor dem Einmarsch zur Immatrikulationsfeier. Von links nach rechts: Genosse Dr. Harry Meißner, 1. Sekretär, Genosse Professor Fritz Liebscher, Rektor, Genosse Konrad Weber, Abteilungsleiter bei der SED-Besetzungsleitung. Foto: Schöffler, FBS



Feyerlich verabschiedet

Es ist ein schöner Brauch an unserer Universität, die Immatrikulationsfeier zum Anlaß zu nehmen, hochverdiente Professoren der Technischen Universität Dresden, die im vergangenen Studienjahr emeritiert wurden, auf dem Festakt feierlich zu verabschieden. Diesmal waren es:

- Professor Dr. techn. h. c. Alfred Jauch; Professor Dr. rer. nat. Helmut Jahnke; Professor Dr. phil. habil. Ernst Neef; Professor Dr. phil. Rudolf Schmidt; Professor Dr.-Ing. habil. Walter Zill; Professor Dr.-Ing. Ernst Unger.

Als Beste ausgezeichnet

Als beste Absolventen des vergangenen Studienjahres wurden zur feierlichen Immatrikulation in Anerkennung ihrer hervorragenden Studienergebnisse und ihres vorbildlichen Verhaltens während des Studiums mit der „Wilhelm-Gothelf-Lohrmann-Medaille“ der Technischen Universität Dresden ausgezeichnet:

- Dipl.-Ingenieurpäd. Brunhilde Gellert; Hochschülerin Wolfgang Huth; Hochschülerin Günther Kluge; Hochschülerin Burkhard Niesel; Hochschülerin Thomas Seidenkranz; Hochschülerin Helga Schuster; Hochschülerin Volker Ulbricht.

Höhepunkt Verbandsahlen

Fortsetzung von Seite 1

Noch etwas:

Organisation ist zwar nicht alles, aber sie ist wichtig, das zeigen die 1 500 Veranstaltungen der „X.“, das verlangt aber auch jede Gruppenwahl. In jeder unserer fünf FDJ-Organisationen wird durch ein Führungsbeispiel der Wahlauftrag gegeben. Festival- und Wahlatmosphäre verbreitet und Anregung gegeben. Besonders gegenüber unseren Freunden des ersten Studienjahres tragen wir eine große Verantwortung. Wir müssen sie für die Mitarbeit im Verband der Grundorganisation gewinnen und ihnen Beispiele geben - Beispiel sein.

Festivalsaufgebot, Verbandsahlen und die neuen Aufgaben haben ein gemeinsames Ziel: Wir machen die Beschlüsse des VIII. Parteitages zu unserem FDJ-Auftrag!

Zur Dialektik von Wesen und Erscheinung des Sozialdemokratismus

Von Genossen Dr. H. Hegewald, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften (Fortsetzung und Schluß)

Politische Angriffslinien des Sozialdemokratismus

Für uns besitzt die Auseinandersetzung mit dem Sozialdemokratismus westdeutscher Prägung besondere Bedeutung. Einerseits nimmt die BRD im Rahmen der amerikanischen Globalstrategie als Bollwerk und Speerspitze gegenüber den sozialistischen Staaten eine Sonderstellung ein, andererseits versuchen die sozialdemokratischen Führer der BRD die Politik der friedlichen Koexistenz so für sich zu nutzen, daß sie mit ihrem Nationalismus im Rahmen ihres Langzeitprogramms doch noch zum Zuge kommen.

Worauf bestehen die politischen Angriffslinien der gegenwärtigen SPD/FDP-Regierung gegenüber der DDR? 1. Einerseits wird das Bestehen zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anerkannt (Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD). Diese unumstößliche Realität soll aber später wieder aufgehoben werden durch die Wiedererrlangung der „Einheit der Nation“ als „Gefühlslinie“. Die Langzeitstrategie lautet: „Die Grenzen anerkennen, um sie zu überwinden“, einen „Wandel durch Annäherung“ zu vollziehen. Wenn Brandt in den USA 1962 formulierte, friedliche Koexistenz sei für ihn mehr als der „Status quo“, und Welner davon sprach, daß der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und BRD über längere Zeit die Aufgabe

habe, die „Zweistaatlichkeit“ zu überwinden, so wird hier die Kontinuität der aggressiven Tonart westdeutscher Ideologen und Politiker sozialdemokratischer Prägung sichtbar.

Das Wesen der Brandt-Politik ist und bleibt Neorevanchismus und Nationalismus. (So erhalten die Revanchistenverbände in der BRD große finanzielle Unterstützung vom Staat. Es gibt weiterhin das „Bundesvertriebenengesetz“, nach dem die Eigenschaft „vertrieben sein“, vererbbar ist. Nach dieser „Logik“ verdoppelte sich die Anzahl der „Vertriebenen“ in der BRD bis 1971, und es dürfte nicht schwer sein auszurechnen, wann alle Bürger der BRD „Vertriebene“ sind.)

2. Die Brandt/Scheel-Regierung anerkennt zwar den Text des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, hat aber Friedensvertragsvorbehalte. Der Vertragstext wird demagogisch als Provisorium dargestellt, denn es fehle die Revisionsklausel. Fakt ist aber: Der Vertrag ist zeitlich unbegrenzt, für uns sind alle prinzipiellen Probleme geklärt. Die Frage der Grenzen wird von der Monopolregierung derart dargestellt, daß die Grenzen nicht endgültig anzuerkennen seien. Auch die Frage der Grenzen sei eine „offene Frage“. Unser Standpunkt dazu ist klar: Die Grenzen sind endgültig.

3. Die aggressive Strategie des westdeutschen Imperialismus gegenüber der DDR zeigt sich auch in verschiedenen Formen der juristischen Beziehungen zur DDR. Nach dem bürgerlichen Strafrecht ist die DDR Inland der BRD.

Auch soll die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, wie sie im Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen DDR und BRD zum Ausdruck kommt, durch besondere „innerdeutsche Beziehungen“ - einen Begriff, den man inzwischen fallen ließ - unterlaufen werden.

Wenn auch die Bezeichnung „besondere innerdeutsche Beziehung“ nicht mehr verwendet wird, so versucht die Brandt-Scheel-Regierung doch, diese besonderen Beziehungen zu praktizieren. Das zeigt sich zum Beispiel darin, daß es bisher noch keine Einigkeit in der Frage der Staatsangehörigkeit gibt. Unser Standpunkt ist eindeutig: Zwischen der imperialistischen BRD und der sozialistischen DDR kann es nur Beziehungen der friedlichen Koexistenz geben, und die Frage der Staatsangehörigkeit ist leicht zu beantworten - entweder besitzt der Bürger die Staatsangehörigkeit der DDR oder der BRD. Auch hier ist unsere konsequente Politik die der Abgrenzung der konstruktive Politik, die zur Stärkung des Sozialismus führt.

4. Die politischen Angriffslinien bilden eine Einheit mit der ideologischen Diversion gegenüber der DDR. Die von der SPD/FDP-Regierung geforderte „Freizügigkeit der Ideen und Meinungen“ nehmen wir gern an, aber nicht in ihrem Sinne, sondern im Sinne des freizügigen Austauschs der Ideen des Marxismus-Leninismus als wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse. Keine Freizügigkeit für konträre, nationale, nationalistiche, antikommunistische, das heißt sozialdemo-

kratische Ideen. Die auf der einen Seite „Freizügigkeit“ fordern, zugleich aber den Kommunisten in der BRD verbieten, im Rundfunk und Fernsehen aufzutreten bzw. als Staatsbeamte zu arbeiten, wirken in ihrem Anliegen wenig glaubhaft. Auch sprechen die Fakten gegen sie. So führt zum Beispiel die DDR 6 000 Fachzeitschriften aus kapitalistischen Ländern ein, und wir übersetzen mehr Belletristik aus kapitalistischen Ländern, als das umgekehrt der Fall ist.

Antiimperialistischer Kampf gegen Integrationspolitik

Bei aller Flexibilität, allen taktischen Anpassungsmanövern und bestimmtem Realismus in der Einschätzung der außenpolitischen Lage der BRD bleibt die Ideologie und Politik des Monopolkapitals. Mit der Festlegung der Prioritäten brachte Brandt in seiner Regierungserklärung das Klassenwesen dieser Politik und Ideologie deutlich zum Ausdruck. An erster Stelle nannte Brandt in seiner Regierungserklärung die Festigung des Bündnisses mit den USA und die Stärkung der NATO. Die zweitwichtigste Aufgabe sei der Verbleib amerikanischer Truppen in der BRD. Die dritte entscheidende Aufgabe sei der Ausbau der Bundeswehr. Betragen die Ausgaben für Rüstung 1973 28,4 Milliarden DM, so sollen sie entsprechend dem Langzeitprogramm jährlich um fünf Prozent gesteigert werden und 1985 40 Milliarden DM be-

tragen. Es wurde in der BRD noch nie so gerüstet, wie unter dem Friedensnobelpreisträger Brandt! Als vierte Aufgabe nennt Brandt den Ausbau der imperialistischen ökonomischen Integration, mit der Stärkung gegen den Sozialismus. Für ihn ist die Ostpolitik entscheidendes Mittel, die Westpolitik zu stärken, um dann als gestärkter westlicher Partner seine Ansprüche gegenüber den sozialistischen Staaten durchsetzen zu können. An letzter Stelle führt Brandt die Eigentumsfrage auf, und er beteuert: Das Privateigentum wird nicht angetastet! Er bekennet sich zum imperialistischen Machtssystem „ohne Wenn und Aber“. Die Eigentumsfrage, die Marx und Engels als die Kernfrage der proletarischen Bewegung bezeichnen, wird auch vom Sozialdemokratismus in der BRD eindeutig im Interesse der Monopolkapitalisten beantwortet.

Die burleske Offenheit sozialdemokratischer Ideologen und Politiker ist Ausdruck ihres gewachsenen Einflusses auf große Gruppen der westdeutschen Bevölkerung. Noch funktioniert die sozialdemokratische Herrschaftstechnik, die die Staats- und Demokratiekonzeption der SPD-Führer zur Massenideologie werden ließ. Noch identifizieren sich viele Bundesbürger mit den Interessen des imperialistischen Staates, als Staatsbürger fühlen sie sich als Eigentümer, unabhängig davon, ob sie Eigentümer an Produktionsmitteln oder nur Eigentümer ihrer Arbeitskraft sind. Der Mechanismus bürgerlicher Ideologie, die Interessen der Bourgeoisie als allgemeinhenschliche Interessen

auszugeben, den Bürger zum Citoyen zu schlagen, funktioniert noch genau so wie vor mehr als 150 Jahren.

Die Arbeiterklasse ist hier aber nicht nur der Hauptadressat imperialistischer Integrationsideologie und -politik, sondern zugleich die entscheidende Kraft zu ihrer Überwindung. Entsprechend ihrer historischen Mission ist die Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei dazu berufen, mit ihrer ant imperialistischen Politik allen Bevölkerungsgruppen eine klare, selbstbestimmte humanistische Orientierung ihres Kampfes gegen die imperialistische Integrationsstrategie zu geben. Mit der Neukonstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei erreichte die Klassenauseinandersetzung in der BRD eine neue Qualität. Als bewußter, organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse in der BRD, als bewußter Träger des gesellschaftlichen Fortschritts, trägt sie entsprechend der These des Dialektiker Parteitages den wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterklasse.

Ihr Kampf wird erfolgreicher, je stärker der Sozialismus wird, ihre Lage und ihre Kampfbedingungen verbessern sich, je erfolgreicher sich die DDR entwickelt und zunehmende Autorität in Europa und in der Welt gewinnt. Die Realisierung der von VIII. Parteitag der SED gestellten Hauptaufgabe ist deshalb auch entscheidendes Mittel, wie wir den anti imperialistischen Kampf in der BRD unterstützen.